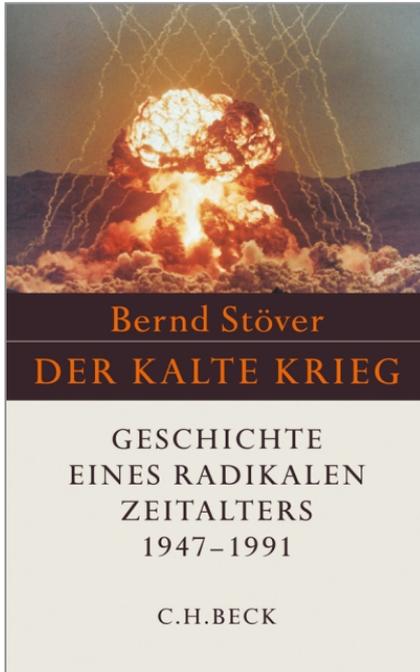


Unverkäufliche Leseprobe



Bernd Stöver

Der Kalte Krieg

Geschichte eines radikalen Zeitalters
1947-1991

528 Seiten, Broschiert
ISBN: 978-3-406-61480-4

1. Der Weg in den Kalten Krieg 1917–1945

Der Ost-West-Konflikt: Im Jahrhundert der Ideologen

Zeitgenossen wie der französische Philosoph und Politiker Alexis de Tocqueville (1805–1859) sahen bereits im 19. Jahrhundert einen Konflikt zwischen den aufstrebenden Mächten USA und Rußland voraus. Bezeichnenderweise glaubte Tocqueville in seiner berühmten Darstellung *Über die Demokratie in Amerika* (1835), daß der wichtigste Auslöser der ideologische Gegensatz sein werde: Das idealistisch verstandene demokratische Prinzip in den Vereinigten Staaten stehe dem monarchischen Prinzip unvereinbar gegenüber.¹ Tatsächlich war die berühmte außenpolitische Rede des amerikanischen Präsidenten James Monroe aus dem Jahr 1823, die dann zwanzig Jahre später völkerrechtlich zur «Monroe-Doktrin» umgedeutet wurde und auch während des Kalten Krieges eine wichtige außenpolitische Leitlinie blieb, eine politische Kampfansage der Demokratie an die «Despoten» gewesen. Monroe hatte sich allerdings vorwiegend – aber ganz im Verständnis des «permanenten Krieges», wie ihn die Französische Revolution entwickelt hatte – gegen die befürchtete Einmischung der Heiligen Allianz auf der Seite Spaniens gegen die südamerikanischen Kolonien sowie gegen Rußlands Expansionsbestrebungen an der Nordwestspitze des amerikanischen Kontinents aussprechen wollen. Er postulierte dafür ein prinzipielles Interventionsverbot europäischer Mächte in diesem Raum.² In den Ausführungen des US-Präsidenten von 1823 wie in der späteren Monroe-Doktrin war zudem noch ein zweiter Aspekt enthalten, der den ideologisch-politischen Konflikt unterstrich und erweiterte. Monroe hatte in einer aus der Rede entfernten Passage der griechischen Befreiungsbewegung, die damals gegen das Osmanische Reich kämpfte, die ideologische Unterstützung der USA zugesichert. 1830 erfolgte eine solche Erklärung auch für die polnische Freiheitsbewegung. In der ungarischen Revolution 1848/49 waren die Vereinigten Staaten sogar die einzige Nation, die die Unabhängigkeitserklärung der neuen Regierung unter Lajos Kos-

suth diplomatisch anerkannte. In der Praxis blieben solche Erklärungen allerdings im 19. Jahrhundert weitgehend ohne Folgen. Washington war weder politisch noch militärisch in der Lage, diesen Versprechen wirklich Taten folgen zu lassen. Dennoch waren es diese Traditionen, die vor allem in den Anfangsjahren des Kalten Krieges als Begründung herangezogen wurden, wenn es um Konzepte ging, die «Versklavten Nationen» in Osteuropa von der sowjetischen Herrschaft zu lösen.³

Der ideologische Gegensatz zwischen Rußland und den USA verschärfte sich im 19. Jahrhundert noch einmal erkennbar in den 1880er Jahren, als nach der Ermordung von Zar Alexander II. die Unterdrückung revolutionärer Bewegungen in Rußland zunahm. Besonders intensiv zeigte sich der ideologische Gegensatz jedoch nach der Russischen Oktoberrevolution 1917. Der Westen versagte den Bolschewiki jede Anerkennung. Die «Vierzehn Punkte», das Friedensprogramm des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson im Januar 1918, waren daher nicht nur ein westliches Konzept gegen die Monarchien der Mittelmächte, sondern auch gegen die Bolschewiki und ihre «Diktatur des Proletariats».

Der ideologische Konflikt zeigte sich hier bereits in seinen Grundzügen. Der globale Anspruch beider Weltanschauungen war ebenso offensichtlich wie der Ansatz zur Blockbildung. Die Bolschewiki kannten nach der Kapitulation vor den Deutschen in Brest-Litowsk im März 1918 nur noch Gegner oder Verbündete der Revolution. An das Deutsche Reich, das 1917 durch finanzielle und logistische Unterstützung die Arbeit Lenins in Rußland erst ermöglicht hatte, mußte die für die Versorgung der eigenen Bevölkerung überaus wichtige Ukraine abgetreten werden. Sie wurde kurz darauf von deutschen Truppen besetzt. Auf welcher Seite die westlichen Alliierten – vor allem Frankreich, Großbritannien und die USA – standen, war spätestens dann klar, als diese im Verlauf des nun rasch eskalierenden und bis 1921 andauernden Russischen Bürgerkriegs zugunsten der antikommunistischen «weißen» Truppen eingriffen. Die treibende Kraft hinter den Interventionen war Frankreich, das 1918 hoffte, damit die Ostfront gegen Deutschland reaktivieren zu können. Nach ersten kleineren Einheiten, die bereits im Frühjahr 1918 in russischen Häfen gelandet waren, wurden am 2. August des Jahres britische Marineverbände in Archangelsk und wenig später 35 000 amerikanische Soldaten

im sibirischen Wladiwostok ausgeschifft. Auch japanische und tschechoslowakische Einheiten beteiligten sich an den bis 1920 fortgesetzten Interventionen. Zur selben Zeit starteten westliche Geheimdienstoperationen gegen die Bolschewiki. Vor allem britische Nachrichtendienste standen 1918 hinter einer Reihe von Attentaten und Putschversuchen. Am bekanntesten wurde das sogenannte «Lettische Komplott», bei dem der britische Geheimdienst MI 6 und das Außenministerium in London mit Hilfe der lettischen Wachmannschaften im August 1918 Lenin und Trotzki zu ermorden versuchten.⁴

Die Hauptwaffe gegen die Bolschewisierung Europas hatte Wilson allerdings in seiner neuen Weltordnung gesehen, in die bis zum Friedensschluß in Brest-Litowsk zunächst Lenins «Neues Rußland» eingebunden werden sollte. Für den Völkerbund als wichtigste Institution der geplanten globalen, theoretisch gleichberechtigten Neuordnung fand sich allerdings selbst in den USA keine Mehrheit. Wilson und die Demokraten erlitten bei den Wahlen im November 1920 eine gravierende Niederlage, und mit ihr kippte das Konzept des «Internationalismus» (*Internationality*). «Wir streben keine Beteiligung daran, die Schicksale der Welt zu lenken», verkündete sein Nachfolger Harding in seiner Antrittsrede 1921.⁵ Bis weit in die dreißiger Jahre konzentrierte man sich deutlicher auf innenpolitische Probleme. In der Außenpolitik herrschte zwar eine «isolationistische» Grundposition. Gleichwohl engagierten sich die USA auch in der Zwischenkriegszeit in internationalen Sicherheitsfragen.

Während die 1922 gegründete «Union der sozialistischen Sowjetrepubliken» (UdSSR) von Deutschland, dem großen Verlierer des Ersten Weltkriegs, diplomatisch anerkannt wurde, entschieden sich die USA erst 1933 unter Franklin D. Roosevelt zur Aufnahme von offiziellen Beziehungen. Im August 1920 faßte ein von Präsident Wilson abgezeichnetes Memorandum die Gründe für die Skepsis Washingtons zusammen: «Es ist für die Regierung der Vereinigten Staaten nicht möglich, die gegenwärtigen Machthaber in Rußland als eine Regierung anzuerkennen, mit der Beziehungen wie zu anderen befreundeten Regierungen fortgesetzt werden können. [...] Entgegen seinem Willen ist die Regierung der Vereinigten Staaten davon überzeugt worden, daß das gegenwärtige Regime in Rußland auf der Negation aller Prinzipien von Ehre und

gutem Glauben aufbaut [...]»⁶ Die Ablehnung der Bolschewiki war auch unter den folgenden US-Regierungen Konsens und wurde auch von Wilsons Nachfolgern, den Präsidenten Harding, Coolidge und Hoover, unverändert mitgetragen. Sie folgten Wilson ebenso in seiner Auffassung, daß die Diktatur in der Sowjetunion, wie alle undemokratischen Regierungen, im Grunde genommen schwach sei, da ein tiefer Gegensatz zwischen Führung und Bevölkerung bestehe. Vom republikanischen Abgeordneten Elihu Root kam 1921 sogar die Forderung, Rußland müsse aus der Gemeinschaft zivilisierter Staaten ausgeschlossen werden, wenn es nicht in der Lage sei, sich seiner undemokratischen Regierung selbst zu entledigen.⁷ Im selben Jahr wurde Rußland auch nicht mehr zur Abrüstungskonferenz in Washington eingeladen.

Probleme resultierten nicht nur aus den unterschiedlichen Weltanschauungen. Weitere Schwierigkeiten ergaben sich aus der von den Bolschewiki verweigerten Kredittilgung und der fehlenden Entschädigung für die Enteignung amerikanischer Firmen. Seit 1922 unterhielt Washington allerdings eine kleine Gesandtschaft in der lettischen Hauptstadt Riga, die regelmäßig über die Sowjetunion berichtete. Diese bis zur sowjetischen Annektion Lettlands 1940 erstellten Meldungen der «Rigaer Sektion» hatten bereits deutlichen Einfluß auf den späteren Kalten Krieg.⁸ George Kennans Anschauungen über die Sowjetunion und den Kommunismus, die zusammen mit den Erfahrungen in seiner Moskauer Zeit ab 1933 dann Grundlage für seine 1946 vorgelegten einflußreichen Ideen zu einer «Eindämpfungspolitik» gegenüber der UdSSR wurden, waren hier geprägt worden. So vermerkte er 1944 nicht nur, es sei für den Westen wichtig zu begreifen, daß die Kommunisten im Kreml ebenso expansiv seien wie die Zaren,⁹ sondern riet gleichzeitig seinem Vorgesetzten, Botschafter Averell Harriman, der später zum außenpolitischen Berater Trumans berufen wurde, man solle die US-Bevölkerung schon jetzt psychologisch darauf vorbereiten, daß die UdSSR der kommende Feind der Vereinigten Staaten werde.¹⁰ «Heimgekehrt in die komfortablen Westgrenzen des guten Zaren Alexej», hieß es auch in Kennans Memorandum vom Mai 1945, «konnte der Bolschewismus gefahrlos die russischen politischen Überlieferungen des siebzehnten Jahrhunderts wiederaufleben lassen: den uneingeschränkten autokratischen Zentralismus, die byzantini-

sche Schule des politischen Denkens, die selbstgenügsame Absonderung von der westlichen Welt und sogar die mystischen Träume vom «Dritten Rom». [...] In der kurzen Zeitspanne von zwei Dekaden hat der Sowjetstaat inzwischen ein gut Teil der Geschichte des Zarentums der letzten zwei Jahrhunderte nachvollzogen. [...] Bei Kriegsende ähnelte seine Stellung ganz erstaunlich der Alexanders I. am Ende der napoleonischen Ära.»¹¹ Bei genauerem Hinsehen erkennt man in diesen Ausführungen jene Befürchtungen wieder, die auch US-Präsident Monroe gegenüber der Heiligen Allianz gehegt hatte. Die UdSSR als Nachfolger des ehemals zur Heiligen Allianz gehörenden Zarenreiches trat in dieser Vorstellung dessen imperiales Erbe an.

Die sowjetische Regierung lavierte seit 1922 zwischen revolutionärem Anspruch und Arrangement mit den großen Mächten. Wesentlich wichtiger als die USA waren in den zwanziger Jahren die Europäer, und hier insbesondere England, Frankreich und nicht zuletzt Deutschland. Mit London und Paris mißlang der Versuch der Annäherung, während Moskau und Berlin bereits mit dem Vertrag von Rapallo 1922 nicht nur diplomatische Beziehungen festschrieben. Die Kooperation erstreckte sich später auch auf eine enge militärische Zusammenarbeit von «Schwarzer Reichswehr» und «Roter Armee». Aber nicht nur dies verstärkte die Distanz der übrigen Mächte gegenüber der UdSSR. Für tiefes Mißtrauen sorgte auch die von Lenins Nachfolger Stalin öffentlich immer wieder betonte sowjetische Vorreiterrolle für die Weltrevolution. Parallel zu den Versuchen der diplomatischen Anerkennung machte der sowjetische Diktator auch in den zwanziger Jahren unmißverständlich deutlich, daß die UdSSR alles tun werde, um die «gesetzmäßigen Widersprüche des Kapitalismus» zu ihren Gunsten zu verstärken.¹² Stalin blieb zeitlebens von dieser «Regel» überzeugt, wie der als generös verstandene Vorschlag seines Außenministers Molotow an die US-Regierung im Januar 1945 deutlich machte, die Überschüsse der amerikanischen Wirtschaft abzunehmen, um die nach dem alliierten Sieg im Zweiten Weltkrieg absehbare Überproduktionskrise des Westens zu verhindern.¹³ Seit den zwanziger Jahren war es die «Kommunistische Internationale» (*Komintern* bzw. KI), die unter anderem auch Streiks in westlichen Staaten unterstützte. Die Spendensammlung der *Komintern* für englische Bergleute am 1. Mai 1926, die kurz danach in einen lan-

gen Ausstand traten, führte schließlich zum Abbruch der britisch-sowjetischen Beziehungen.

Die Anti-Hitler-Koalition im Zweiten Weltkrieg

Die Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR blieben bis zum Zweiten Weltkrieg schwach. Bis zur Weltwirtschaftskrise hatte es private amerikanische Geschäftsbeziehungen zur UdSSR gegeben. Den Sowjets ging es dabei vor allem um Technologietransfers aus dem Westen. Sie importierten insbesondere Maschinen für die forciert angegangene Industrialisierung ihres Landes und exportierten dafür Nahrungsmittel sowie Roh- und Brennstoffe, die zunächst auch in den USA abgenommen wurden. Der Börsenkrach 1929 brachte zunächst ein Handelsembargo für sowjetische Einfuhren. Auch während des zweiten sowjetischen Fünfjahresplans ab 1933 nahm die Außenhandelsquote der UdSSR beständig weiter ab. Sie fiel 1937 auf den einstweiligen Tiefstand.¹⁴ Eine grundlegende Änderung brachten erst die nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion 1941 einsetzenden US-Hilfslieferungen.

Politisch-ideologisch herrschte in den Vereinigten Staaten der Zwischenkriegszeit eine antikommunistische Grundstimmung. Sie speiste sich primär aus dem Gegensatz von nahezu ungebremsstem Kapitalismus, Individualismus und Wettbewerb im eigenen Land und den die USA erreichenden Nachrichten über die «Diktatur des Proletariats» in der Sowjetunion. Gleichwohl blieb am Ende der zwanziger und auch in den dreißiger Jahren, die als die «Rote Dekade» in den USA bezeichnet wurden, eine gewisse intellektuelle Begeisterung für sozialistische und kommunistische Ideen verbreitet. Den Hintergrund bildete vor allem die schwache ökonomische Entwicklung, die bis weit in die dreißiger Jahre anhielt und noch 1938 für etwa zehn Millionen Arbeitslose und entsprechend große soziale Probleme sorgte. Bekannte Schriftsteller wie Ernest Hemingway schrieben zeitweilig für kommunistische Zeitschriften, und ein erheblicher Teil der literarischen Elite der USA pflegte zumindest einen schwärmerischen Umgang mit dem Marxismus. Tatsächlich vertraute auch die US-Bundespolitik schon unter Präsident Hoover nicht mehr ausschließlich dem freien Spiel des Marktes. Staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

und sozialpolitische Reformen prägten auch das *New-Deal*-Programm des 1933 gewählten Präsidenten Franklin D. Roosevelt. Dazu gehörte die nun gesetzlich vorgeschriebene Kooperation von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Gewerkschaften. Auch rhetorisch war sozialistisches Gedankengut präsent. Der Berater des Präsidenten und «Vater des *New Deal*», der prominente Jurist Louis Brandeis, wettete gegen Monopole und Kapitalisten.¹⁵ Auch radikalere Programme kursierten, an denen sich ebenfalls Prominente beteiligten: Der Schriftsteller Upton Sinclair bewarb sich für den Gouverneursposten im US-Bundesstaat Kalifornien mit dem Slogan *End Poverty in California* («Beendet die Armut in Kalifornien»)¹⁶.

Die Reformen des *New Deal* waren nicht nur Konservativen verdächtig. Kommunistische Ideen blieben in den USA trotz prominenter Unterstützung ein Außenseiterphänomen. Die 1919 gegründete amerikanische kommunistische Partei (CPUSA), die sich in den dreißiger Jahren auf die Gründungsväter und die Tradition der Unabhängigkeitserklärung berief, konnte niemals mehr als etwa 100 000 Mitglieder versammeln. Roosevelts *New Deal* selbst blieb so lange ohne durchschlagende Wirkung bis im Vorfeld des Zweiten Weltkriegs und dann vor allem nach dem Kriegseintritt der USA 1941 die öffentliche Nachfrage sprunghaft anstieg. Daß Roosevelts Politik von seinen Gegnern zeitweilig erfolgreich als kommunistisch diffamiert werden konnte, zeigte eindringlich eine der Grundängste der amerikanischen Gesellschaft: die Furcht vor einer schleichenden Unterwanderung mit undemokratischem Gedankengut zur Zerstörung des *American Way of Life*. Sicher ist, daß Roosevelt die eigentliche Bedrohung eher im Nationalsozialismus sah. Hitler rückte für ihn sogar in die Position eines persönlichen Gegners. Isolationistische oder gar deutschfreundliche Strömungen in den USA verurteilte der Präsident lange vor der deutschen Kriegserklärung an die USA im Dezember 1941 als Illoyalität gegenüber dem eigenen Land. Die Verfolgung richtete sich in den USA aber seit 1940 auch gegen Kommunisten. Die Landesverratsbestimmungen des sogenannten *Smith Act* wurden bis 1945 sogar weit häufiger gegen «kommunistische Bestrebungen» angewandt als gegen Nationalsozialisten. Man hat im Rückblick darin häufig die Grundlegung des *McCarthyism* der fünfziger Jahre gesehen.

Außenpolitisch blieben die USA bis zum Dezember 1941 gegen-

über den Achsenmächten formal neutral. Roosevelt glaubte zwar, daß ein Beiseitestehen in dem sich abzeichnenden Konflikt nicht möglich sein werde, faktisch war er jedoch zunächst an das Neutralitätsgesetz von 1935 und durch den weitverbreiteten Isolationismus in den USA gebunden. Der Versuch, diese Stimmung im Lande aufzubrechen, begann mit seiner «Quarantäne-Rede» am 5. Oktober 1937. Auch wenn dieser Ankündigung zunächst keine Taten folgten und der Isolationismus sogar noch zunahm, ging die Quarantäne-Vorstellung bereits in die gleiche Richtung wie zehn Jahre später die *Containment*-Politik. Roosevelts Rede kreiste um den Leitgedanken, man müsse die undemokratischen, expansiven Nationen unter Quarantäne stellen, um sie an einer weiteren Ausbreitung zu hindern.

Daß die Quarantäne-Politik eine gewichtige langfristige Zielrichtung hatte, bestätigte Roosevelt im kleinen Kreis. Es ist sicherlich zu stark pointiert, wenn man folgert, er habe den Kriegseintritt der USA gegen die Achsenmächte angestrebt, wie einige Autoren immer wieder behauptet haben. Sicher ist allerdings, daß der Präsident bereits vor 1939 klarstellte, daß die USA die Westmächte im Falle einer drohenden Niederlage unterstützen würden. Die Lieferung von Zerstörern an Großbritannien im September 1940 und das «Leihen» von Waffen nach dem *Lend-and-Lease-Act* (Pacht-und-Leih-Gesetz) vom März 1941 begründete Roosevelt ausdrücklich mit dem Kampf der Demokratie gegen die Diktatur. Für alle sichtbar widersprachen diese Lieferungen eindeutig den internationalen Neutralitätsregeln, obwohl die USA nach außen bis zum Dezember 1941 an ihrem offiziellen Status als nichtkriegführende Nation festhielten. US-Marineminister Knox räumte zudem vor einem Senatsausschuß im September 1941 ein, daß US-Kriegsschiffe auch ohne Angriff der Gegenseite Wasserbomben auf deutsche U-Boote warfen – eine Maßnahme, die immerhin zuließ, daß man den Krieg mit Deutschland billigend in Kauf nahm.¹⁷ Offiziell hießen allerdings auch sie noch Neutralitätspatrouillen (*Neutrality Patrols*).

Inwieweit die Furcht vor einer deutschen Atombombe in Roosevelts Politik eine entscheidende Bedeutung spielte, ist nur zu vermuten. Immerhin hatte Albert Einstein den amerikanischen Präsidenten am 11. Oktober 1939 über die Möglichkeit informiert, daß Hitler in den Besitz einer solchen «Superbombe» kommen könnte,

und erst nach dem Krieg war klar, daß die Deutschen aus verschiedenen Gründen keine einsatzfähige Nuklearwaffe hergestellt hatten. Unmittelbar nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion sandte Roosevelt im Juli 1941 einen seiner engsten Mitarbeiter, Harry Hopkins, nach Moskau, um amerikanische Unterstützung anzubieten. Es war ein «unnatürliches Bündnis», wie alle wußten, und es kam nur zustande, weil man Hitler zu diesem Zeitpunkt für die größere Gefahr hielt. Die deutsche Wehrmacht überrannte in den ersten Monaten die Rote Armee und stand bereits im Oktober 1941 vor Moskau. Bis Ende des Jahres lieferten die USA rund 350 000 Tonnen Güter, um den Zusammenbruch der UdSSR zu verhindern. Insgesamt stellten die Amerikaner den Sowjets bis 1945 Kriegsmaterial im Wert von rund 2,6 Milliarden Dollar zur Verfügung.¹⁸ Auch für die Briten war der Schulterschluß mit Stalin, trotz aller vorangegangenen Probleme, keine Frage. Die wichtigste Aufgabe, betonte Churchill wenige Tage vor dem japanischen Angriff auf den US-Marinestützpunkt Pearl Harbor und der folgenden auch deutschen Kriegserklärung an die USA, bestehe darin, «ein für alle Mal die deutsche Gefahr zu beseitigen».¹⁹

Das «unnatürliche Bündnis» der demokratischen Staaten mit dem sowjetischen Diktator war nur als Zweckbündnis bei gegenseitiger ideologisch-politischer Zurückhaltung zu erhalten. Beide Seiten wußten dies und vermieden während des Krieges nach Möglichkeit alles, was zu einem politischen Sprengsatz werden konnte. Man wollte Kompromisse, wie beide Seiten immer wieder deutlich machten. «Wir müssen Hitler schlagen, jetzt ist nicht die Zeit, sich zu streiten und Anklagen zu erheben», versicherte Churchill dem sowjetischen Botschafter Iwan M. Maisky im April 1943, als die deutsche Propaganda teilweise erfolgreich versuchte, mit Hilfe der durch den NKWD begangenen Morde an 4000 polnischen Offiziere bei Katyn einen Keil in die alliierte Koalition zu treiben.²⁰ Dieser Wille, die Koalition fortzuführen, zeigte sich nicht zuletzt während der Kriegskonferenzen. In der Liste der Gegner blieb Deutschland an erster Stelle, auch als das zunächst erfolgreiche japanische Ausgreifen im ostasiatisch-pazifischen Raum seit Dezember 1941 die dortige amerikanische Position und dann das britische *Empire* ernsthaft zu bedrohen schien.

In der Kriegsführung konnten sich die Angloamerikaner am 30. September 1943 in der sogenannten Deklaration von Moskau

mit Stalin auf das wichtigste Ziel einigen, nämlich die Achsenmächte zur bedingungslosen Kapitulation (*Unconditional Surrender*) zu zwingen. Als zwei Monate später Stalin während der Konferenz von Teheran (28. 11.–1. 12. 1943) zum ersten Mal persönlich mit Roosevelt zusammentraf, wurde ihm auch die Eröffnung einer zweiten Front für den Mai 1944 zugesagt. Der sowjetische Diktator stimmte im Gegenzug zu, etwa drei Monate nach dem Kriegsende in Europa in den Krieg gegen Japan einzutreten, von dem man zunehmenden fanatischen Widerstand erwartete. Den Alliierten schien es damals sogar möglich, daß die Japaner selbst dann ihren Widerstand fortsetzen könnten, wenn ihre Hauptinseln besetzt worden seien. Schätzungen gingen davon aus, daß dann der Krieg in Asien im schlechtesten Fall noch bis 1949 dauern könne. Während des Treffens in Jalta im Februar 1945 wurde deshalb ein großzügiges Paket für den sowjetischen Einsatz in Ostasien geschnürt. Die UdSSR sollte für ihr Engagement die 1905 vom zaristischen Rußland an Japan verlorenen Gebiete zurückerhalten: die Kurilen und den Süden von Sachalin. Zusätzlich wurde Stalin die Kontrolle der Mongolischen Volksrepublik sowie von Teilen der Mandschurei und von Korea zugestanden, und nicht zuletzt sollte auch der Hafen von Port Arthur wieder von der Sowjetunion als Flottenstützpunkt genutzt werden dürfen. Die Kompromißbereitschaft ging sogar so weit, daß die USA es vermieden, die strikt anti-kommunistische chinesische *Kuo-min-tang*-Regierung (KMT) und ihren Führer Tschiang Kai-schek darüber zu informieren. Als die KMT die Jalta-Abmachungen dann ablehnte, wurde Tschiangs Zustimmung nicht nur erzwungen, sondern er darüber hinaus sogar veranlaßt, einen offiziellen Freundschafts- und Bündnisvertrag mit Stalin abzuschließen. Der Pakt wurde am 14. August 1945, knapp eine Woche nach dem sowjetischen Eintritt in den Krieg gegen Japan, unterzeichnet.²¹ Er berücksichtigte vollständig die sowjetischen Interessen. Allerdings war die hier von Stalin unterzeichnete Verpflichtung, sich nicht in die inneren Angelegenheiten Chinas einzumischen, bereits zu diesem Zeitpunkt das Papier nicht wert. Wie in den Vereinbarungen für Europa war auch in den Festlegungen für Ostasien bereits der Kern des Konflikts für den kommenden Kalten Krieg enthalten.

Auch für die politische Nachkriegsordnung war – soweit möglich – Übereinstimmung gesucht worden. Roosevelt und Churchill

akzeptierten schon Ende 1943 während der Konferenz von Teheran die sowjetischen Annexionen in Osteuropa, die Stalin 1939 mit Hitler ausgehandelt hatte: Der sowjetische Diktator durfte die Baltischen Staaten und das damals besetzte Ostpolen behalten. Polen sollte dafür mit den deutschen Ostgebieten entschädigt werden. Auf einer späteren Besprechung in Moskau – diesmal ohne Roosevelt – konnte man sich im Oktober 1944 sogar auf genauere Einflußsphären in Ost- und Südosteuropa einigen. Hier waren von Churchill seine später berühmte-berühmte Prozentangaben handschriftlich auf einem Zettel notiert und von Stalin einzeln abgehakt worden. Der sowjetische Einfluß sollte in Rumänien 90, in Bulgarien 75, in Ungarn und Jugoslawien 50 und in Griechenland 10 Prozent betragen.²² Auch in anderen Fragen war gerade dieses Treffen für Stalin sehr erfreulich. Unter anderem wurde ihm die Auslieferung sowjetischer Staatsbürger zugesagt, die sich als Kriegsgefangene, Verschleppte oder zum Teil auch freiwillig in Deutschland befanden, und die Stalin unterschiedslos als Verräter ansah. Die geheimen Absprachen dazu während der sogenannten «Tolstoi-Konferenz» wurden in ihren Einzelheiten erst in den siebziger Jahren öffentlich bekannt und lösten dann erbitterte Debatten aus. Tatsächlich waren die Ausgelieferten zum großen Teil hingerichtet worden oder im GULag-System verschwunden.

Auch in der Deutschlandfrage waren die interalliierten Abmachungen zunächst nicht wirklich fundamental unterschiedlich geblieben: Die Teilung des Deutschen Reiches – das *Dismemberment* – schien seit 1941 eine gemeinsame Basis zu bieten, die für alle Alliierten Vorteile bereithielt. Entsprechend behandelte man die Frage während der Kriegskonferenzen. In Jalta konnte diese Option 1945 noch als alliierter Konsens behandelt werden, ehe sie kurz danach zum ernsthaften Streitpunkt wurde. Amerikaner und Briten entdeckten bei näherer Betrachtung doch mehr Nach- als Vorteile einer Aufteilung Deutschlands in Kleinstaaten. Man fürchtete unter anderem eine Stärkung des Nationalismus, aber

MARKIEREN DER INTERESSENSPHÄREN Das Dokument zeigt die bei einem Treffen zwischen Stalin und Churchill in Moskau im Oktober 1944 geschlossene interne Abmachung zur Aufteilung Osteuropas. Roosevelt nahm an dieser Konferenz nicht teil. Die von Churchill auf dem Papier vermerkten Prozentangaben wurden von Stalin einzeln abgehakt.

Note written by P.A. during ^{Ballpark}
operation with Marshal Stalin at the Kremlin 169
p. 10. 1944. Attached is Lulestotes's translation. (Red
ink added later).

Romania

Russia	90%
The others	10%

Green G. Bourgeois
- France & USA. 90%

~~The other~~
Russia 10%

Yug. Slavs. 50/50?

Hungary 50/50?

Belgium Russia 75%

The others 25%

auch die Gefahr, solche Reststaaten ständig wirtschaftlich unterstützen zu müssen. Die mißtrauischen Sowjets vermuteten in der Kehrtwendung der Westmächte allerdings eine antisowjetische Verschwörung: Man wolle, so notierte Molotow in einem Bericht, die UdSSR in der Öffentlichkeit gezielt als Verantwortliche für die Teilung Deutschlands diffamieren.²³

Besonders stolz war Roosevelt persönlich darauf, in Jalta die Zustimmung Stalins zur Gründung der Vereinten Nationen am 25. April 1945 im kalifornischen San Francisco und sein Einverständnis zur Zusammensetzung des sogenannten Sicherheitsrats erreicht zu haben. Tatsächlich war auch Stalin den Westmächten während des Krieges demonstrativ in einigen wesentlichen Punkten entgegengekommen. Im Mai 1943 hatte er die vom Westen seit 1919 mißtrauisch als Zentrale der Weltrevolution beargwöhnte *Komintern* offiziell aufgelöst. Auch der sogenannten *Atlantic Charter* vom August 1941, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die freie Wahl der Regierungsform, eine Ablehnung von Annexionen, Gewaltverzicht und freien Handel als Prinzipien der Nachkriegsordnung festgeschrieben hatte, schloß sich der sowjetische Diktator im September 1941 an. Er stimmte darüber hinaus während der Konferenz in Jalta im Februar 1945 der inhaltlich ähnlichen «Erklärung über das befreite Europa» zu. Der Bruch dieser «Jalta-Deklaration» im Zuge der sowjetischen Besetzung Ostmitteleuropas wurde dann zu einem der zentralen Gründe für das Zerwürfnis der Siegermächte 1944/45.